

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

sp3/III/66

Hannover, 4. Juni 1948

Vor dem Sturm oder vor neuen Gesprächen?

Von Willy Brandt, Berlin

Man mag die russischen Manöver im Anschluß an das Molotow-Smith-Gespräch vor einem Monat werten wie man will - klar scheint jedenfalls zu sein, daß der Kreml gegenwärtig nicht an einer weiteren Verschärfung der internationalen Lage interessiert ist. Die Pessimisten meinen, es handele sich um die Ruhe vor dem Sturm, optimistischere Beurteiler sind dagegen der Meinung, man habe sich in Moskau entschlossen, die erste Periode der kommunistischen Nachkriegspolitik abzuschließen, um einer die Existenz der Sowjetunion bedrohenden Auseinandersetzung auszuweichen. Auch nach dem ersten Weltkrieg schloß sich an die erste Zeit des Kriegskommunismus und der weltrevolutionären Illusionen eine zweite Periode der "relativen Stabilisierung" an. Bei einem ähnlichen Übergang müßte es sich diesmal um den Versuch einer Konsolidierung in der russischen Einflußsphäre und - nachdem das europäische Wiederaufbauprogramm offenbar nicht aufzuhalten ist - um neue Methoden der Durchdringung anderer Länder handeln.

Wie immer dem sei, sicher ist jedenfalls, daß einander widersprechende Tendenzen während der Berliner Krise klar zutage getreten sind und durch die Unsicherheit noch nicht abgeschlossener personeller Änderungen unterstrichen werden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein neuer Nadelstich erfolgt. Andererseits ist ziemlich klar, daß von höchster russischer Stelle eine Anweisung vorliegt, die Krise nicht bis zu jenem Punkt zuzuspitzen, an dem sich unübersehbare Folgen automatisch ergeben könnten.

In der Berliner Kommandantur, die jetzt in mancher Beziehung eine Art Kontrollrats-Ersatz darstellt, gibt es seit ein paar Wochen trotz aller forschen Reden immerhin einige Anzeichen von Entspannung. Das Gesetz über die Schulreform wurde nach beiderseitigen kleinen Zugeständnissen in den Hafen gebracht. Besprechungen über die gegen die SED angenommene Verfassung haben begonnen. Westliche Verbindungs-

offiziere sind bei den leitenden Polizeistellen im russischen Sektor installiert worden, ohne daß es bisher zu den angekündigten Gegenmaßnahmen gekommen ist. Die Wiederaufnahme des interzonalen Zeitungs-austausches gehört in den gleichen Rahmen. Die russische Militärverwaltung hat auch ihr Interesse an nochmaligen Viergrößensprechungen über die Fragen der Währungsreform bekundet, wobei allerdings noch nicht geklärt ist, ob es sich nicht um ein neues Verschleppungsmanöver handelt. Das geschieht zur selben Zeit, da die finnische Krise, trotz der bereitstehenden Aktionskomitees nicht auf tschische Art gelöst, sondern vertagt wurde.

Wird es zu neuen Gesprächen kommen? Die Amerikaner haben zu verstehen gegeben, daß sie überzeugendere Beweise guten Willens erwarten als Briefe an Mr. Wallace. Washington ist sich seiner Stärke bewußt. Es ist aber offenbar nicht abgeneigt, in Besprechungen über Einzelfragen festzustellen, ob die Atmosphäre für eine breitere Regelung auf höherer Ebene vorhanden ist. Auf englischer Seite mag man es bei aller Zurückhaltung offenbar nicht für ausgeschlossen, daß es zu einem internationalen Gespräch kommen wird, bei dem man dann wohl gern dabei sein möchte. Bevin wird auch kaum etwas dagegen haben, daß noch ein - vielleicht vorläufig letzter - Versuch unternommen wird, über die deutsche Frage auf Viermächtebasis zu verhandeln. Das braucht durch die Empfehlungen der Londoner Konferenz nicht ausgeschlossen zu werden, denn es wäre ja denkbar, daß das Projekt einer Neuregelung für den Westen mit auf die Tagesordnung einer Beratung auf Kontrollratsebene gesetzt würde. Jedenfalls scheint es der englischen Außenpolitik darauf anzukommen, die noch vorhandenen dünnen Verbindungsfäden nicht abreißen zu lassen. Ob der Versuch, den Kontrollrat noch einmal zusammenzurufen, im Juni, durch die Franzosen oder erst im Juli durch die Russen unternommen wird, ist weniger wichtig als die Wahrscheinlichkeit, daß ein solcher Versuch noch bevorsteht.

Die französischen Hemmungen sind bereits in London klar geworden. In Paris ist man offenbar wegen der Konsequenzen, die sich aus einer isolierten Festregelung für Deutschland ergeben könnten, äußerst besorgt. Man fühlt sich auch nicht wohl angesichts der Möglichkeit exklusiver amerikanisch-russischer Verhandlungen. Nicht zuletzt daraus erklärt sich das Zögern in London, das Verlangen nach einer militärischen Garantie seitens der USA und schließlich auch die Betonung dessen, daß es nicht Frankreichs Aufgabe sein könnte, den Gegensatz zur Sowjetunion weiter zu verschärfen.

Die hier angedeuteten Tendenzen berechtigen zu keinerlei Optimismus. Sie können zu einer weiteren Verschleppung der so notwendigen Maßnahmen für die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft führen. Außerdem kann die Atempause noch immer in eine übersteigerte Verschärfung der Gegensätze ausmünden. Andererseits bleibt die Tatsache festzustellen, daß wir uns gerade vom deutschen Standpunkt aus einer keineswegs geklärten internationalen Lage gegenübersehen. In besten Fall können sich daraus Möglichkeiten entwickeln, berechnigte deutsche Interessen in stärkerer Maße als bisher zur Geltung zu bringen. Damit wäre, nicht allein für Deutschland, schon viel gewonnen.

Die schwedische Tagespresse

R.H. Stockholm, im Juni 1948

Die schwedische Tagespresse steht schon jetzt im Dienste der Propaganda anlässlich der schwedischen Reichstagswahlen, die im Herbst 1948 stattfinden sollen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, etwas über den Einflusbereich der einzelnen Parteien in der Tagespresse zu erfahren.

Die Oppositionsparteien sind der Sozialdemokratischen Partei, welche seit Jahrzehnten die Regierungsverantwortung trägt, sowohl in der Anzahl der Blätter als auch in der Auflagenhöhe weit überlegen. Von der Gesamtauflage aller schwedischen Tageszeitungen - 2.930.000 Stück - stehen der Sozialdemokratie etwa 17 Prozent, den drei bürgerlichen Parteien etwa 72, den Kommunisten etwa 2 Prozent zur Verfügung. Der Rest gehört keiner Parteirichtung an.

Die Sozialdemokratie verfügt in Schweden über 34 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von ungefähr 500.000 Exemplaren. Die größten Auflagen haben "Morgen-Tidningen" und "Afton-Tidningen" in Stockholm, "Arbetet" in Malmö und "Ny Tid" in Göteborg.

Die stärkste Position in der Tagespresse hat die Folkparti, hinter der die kapitalstärkteren Wirtschaftskreise und der größte Teil des Mittelstandes stehen. Für diese Partei agieren mehr oder weniger offen 60 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 1.250.000. Zu ihr gehört die größte schwedische Tageszeitung, die vom Bankier Wallenberg finanzierte und vom Bonnier-Konzern verwaltete "Dagens Nyheter", ferner die dem Kreuger-Konzern nahestehende "Stockholms Tidningen" mit dem "Aftonbladet", in Göteborg die bekannte "Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidningen".

Högern, die Partei der konservativen Großbauern, des Adels, der Militärs und eines Teiles des Mittelstandes, verfügt über 79 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von mehr als 700.000 Stück. Ihre größten Tageszeitungen sind "Svenska Dagbladet", Stockholm und "Sydsvenska Dagbladet" in Malmö.

Die Bauernpartei, auf welche ungefähr fünf Prozent der Gesamtauflagen entfallen, und die Kommunisten (mit etwa zwei Prozent) treten an Bedeutung zurück.

In der letzten Zeit zeigt die sozialdemokratische Presse eine deutliche Aufwärtsbewegung. Sie findet im Wahlkampf eine wertvolle Unterstützung durch einen Teil der Gewerkschaftspresse, deren Wochen-, Halbmonats- und Monatschriften eine Gesamtauflage von etwa 1.170.000 Exemplaren haben. Allerdings kann die Folkparti dafür mit den zahlreichen und weit verbreiteten Zeitschriften des Bonnierverlages rechnen.

Die Gesamtauflage der Tageszeitungen hat sich im letzten Jahrzehnt bedeutend erhöht. Anfang der Vierzigerjahre entfielen auf eine schwedische Familie im Durchschnitt 0,9 Tageszeitungen, derzeit 1,5 Tageszeitungen. Die größeren schwedischen Tageszeitungen haben einen Normalumfang von 14 bis 18 Seiten.

Wehrlose Gerechtigkeit

sp. Zu den zahllosen Unverständlichkeiten unserer Zeit gehört die Wehrlosigkeit der Justiz gegen das Übermaß von Vergehen und Vergehenemöglichkeiten. Nicht etwa, daß die Stellen, die der Gerechtigkeit dienen, nicht gewillt wären, gegen mannigfaches Unrecht einzuschreiten, ihnen fehlt aber oft die rechtliche Voraussetzung zum Einschreiten bzw. die Möglichkeit, ein Vergehen so abzuurteilen, daß man die Strafe als gerechte Sühne anzusehen bereit ist. Die "Chancen", Unrecht zu tun, sind heutzutage so vielgestaltig wie nie die Gesetzgebung aus normalen Zeiten, auf denen die meisten unserer Gesetze heute fußen, auch nicht annähernd ahnen konnte. Der Schwarzhändler, der lächelnd die Geldbuße mit der einen Hand zahlt, während die andere bereits die Scheine zum nächsten verbotenen Geschäft zückt, das den "Verlust" ausgleichen soll, der Hausbesitzer, der sich von der Polizei "belagern" läßt, weil er den ihm unsympathischen Flüchtling aus seiner Wohnbereich fernhalten will, der Kaufmann, der selbst nicht weiß, wo die Grenze zwischen geduldeter Kompensation und strafbarem Entzug von Gebrauchsgütern liegt, der Bauer, der für seinen schwarzgebauten Schweinestall 50 Mark Geldstrafe zahlt, die Dorfgemeinschaften, die "offiziell" Korn sammeln, um zum Schützenfest Schraaps brennen zu können, selbst die Dienststellen, die Kartoffelladungen als "Maschinenteile" deklarieren, sie sind alle Schuldige und Nichtschuldige aus dem Niemandsland der Justiz.

Typisch für die Hilflosigkeit unserer Justiz ist ein kleiner Vorfall aus der Bielefelder Gegend, der trotz seiner Belanglosigkeit ein solches deprimierendes Eingeständnis für diese unhaltbare Situation darstellt. Ein Hausbesitzer besaß das schon bestellte Gartenland einer siebenköpfigen Flüchtlingsfamilie aus purer Bosheit mit Gras, der Landrat des Kreises hatte keine rechtliche Handhabe gegen diesen Bösewicht - dessen erbärmliche Haltung außer Zweifel steht - und übergab deshalb diesen Fall sozialen Verhaltens der Presse zur Veröffentlichung.

So sehr die Presse erfreut ist, daß ihre Publizität als "Justizersatz" anerkannt wird, so wenig kann sie sich damit begnügen, da diese Bestrafung unzureichend ist und daher nicht vor Nachahmung schützt. Hartgesottene Gemüter - und deren gibt es heute nicht wenige - lassen sich durch den Pressepranger nicht abschrecken.

Unsere Gesetzgebung und damit unsere Justiz hinken hinter der Zeit her. Sie ist für Zeiten "bürgerlicher Wohlständigkeit" gedacht, für die sie vielleicht genügt haben mag, nicht aber für eine Zeit, die völlig aus den Fugen geraten ist, da Böswilligkeit, Verbrechen und Vergehen aller Art geradezu erstaunliche Varianten hervorbringen. Was nützen die besten Korruptionskommissare, wenn nicht eine Korruptionsjustiz ihnen zur Seite steht, die die großen und kleinen Verbrechen - nicht die aus Not begangenen - und vor allem die vielen Erbärmlichkeiten, die ein solch erschütterndes Bild menschlicher Minderwertigkeit besonders gegenüber in Not geratener Mitmenschen zeigen und die heute kein Gesetz erfassen kann, streng und gerecht aburteilt?

(b/B. 14a/4.6./hs)

Vierwöchentliche Versammlungsreise Gerhard Segers durch Deutschland

sp. Der Chefredakteur der "Neuen Volkszeitung" New York, Gerhard Segers, veranstaltet im Einvernehmen mit Mr. Hermann Wells, dem kulturellen Berater General Clays, eine vierwöchige Versammlungstournee durch Deutschland mit einem umfangreichen Programm. Es ist geplant, daß Segers in ununterbrochener Folge in jedem vorgesehenen Ort einmal vor einem akademischen Forum und einmal in einer Massenveranstaltung sprechen wird. Als vorzüglicher Kenner Nordamerikas werden sich Segers' Vorträge hauptsächlich mit Themen der USA-Verhältnisse befassen. Die Tournee beginnt am 14. Juni in Stuttgart und führt von dort über Heidelberg, Frankfurt, Kassel, Hannover, Braunschweig, Bielefeld, Dortmund nach Hamburg, wo Segers am 28. und 29. Juni an der Sitzung des Parteivorstandes der SPD teilnehmen wird. Die Versammlungsreise wird dann fortgesetzt mit Kiel, Bremen, Oldenburg, Köln, Düsseldorf, sodann Berlin und anschließend Bayern.

Segers, 1896 in Leipzig geboren, ist Verfasser zahlreicher Schriften zur Einführung der Jugend in philosophische und politische Fragen. Er war Mitglied der Schopenhauer-Gesellschaft. Als einen der Wenigen gelang ihm Ende Dezember 1933 die Flucht aus dem KZ Cranienburg unter sensationellen Begleitumständen. Segers hat darüber ein Buch geschrieben (Cranienburg), das damals im Ausland großes Aufsehen erregte. (L/2/46/Hs)

Carlo Schmid nicht nach Wien.

Prof. Carlo Schmid kam an der Interzonalen Sozialistenkonferenz in Wien vom 4. - 7. Juni, wie ursprünglich vorgesehen, nicht teilnehmen, weil er das in Baden-Baden rechtzeitig eingereichte Visum für die Einreise nach Österreich nicht erhalten hat. Die Delegation der SPD besteht somit aus Erich Ollenhauer, Herta Gosthelf, Wilki Hensler und Ernst Reuter. (m/2/46/Hs)

Auf der Suche nach den Vermissten

sp. Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD teilt mit: Durch den Bildsuchdienst im Lager Friedland konnte am 25. Mai 1948 über den Tausendsten Wehrmachtvermissten aus dem Osten Klarheit geschaffen werden. Dieses Resultat ist deswegen bemerkenswert, weil diese Arbeit erst seit dem Januar dieses Jahres geleistet wird. Die Sucharbeit geht so vor sich, daß den Heimkehrern Fotos jener Vermissten ihrer früheren Einheit vorgelegt werden, von denen eine Suchanzeige der Familienmitglieder eingeleitet wurde. Große Freude herrschte kürzlich, als einem Vermissten sein eigenes Bild vorgelegt werden konnte. Erschütternd ist die aus den Angaben der Heimkehrer sich ergebende Tatsache, daß etwa 40 Prozent während der Dauer der Gefangenschaft verstorben oder während der Schwabensprache gefallen sind, ohne daß die Angehörigen benachrichtigt wurden.

Die Kriegsgefangenenhilfe der SPD ist bereit, bei der Weiterleitung solcher Anträge behilflich zu sein.

Kulturelle Betreuung der Heimkehrer in Friedland

sp. Bei einem Besuch der Kriegsgefangenenhilfe im Durchgangslager Friedland konnte festgestellt werden, daß seit Ostern 1948 das Stadttheater Göttingen die kulturelle Betreuung der durch das Lager Friedland aus Ost und West kommenden Heimkehrer übernommen hat. Durch ernste und heitere Musik, Gesang und humorvolle Vorträge verkürzen die Künstler, die sich ohne Entgelt zur Verfügung stellen, den entlassenen Kriegsgefangenen die in den Durchgangslagern unvermeidliche Tartezeit. Bisher hat das Stadttheater Göttingen 20 Vorstellungen mit einer Besucherzahl von 8.000 Heimkehrern durchgeführt.

(b/2/46/hs)

505.000 Waggons mit Demontage-Material

sp. Ein erschütterndes Bild über den wirtschaftlichen Substanzverlust in der Ostzone gibt eine von der SPD herausgegebene Broschüre "Ost-Demontage". Es ist die erste authentische Zusammenstellung eines Baubaus, der jeder Beschreibung spottet, und mit einer Rücksichtslosigkeit durchgeführt wurde, die alle wirtschaftlichen Überlegungen beiseite schob und sich über die primitivsten Grundrechte der Bevölkerung des betroffenen Gebietes hinwegsetzte, am allerwenigsten aber sich nach der alliierten Vereinbarung richtete, dass nur das Nutzungspotential Deutschlands abgebaut werden solle. Zwei Einzeldarstellungen mögen hier für das Ganze sprechen: In Thüringen wurde mit 29 Betrieben der Industriezweig Holzverarbeitung zu hundert Prozent demontiert. Das Zeiss-Werkwerk Jena wurde bis auf die Grundmauern und Umfassungswände demontiert. Im Südwerk wurden aus dem Gebäude die gesamten Installationen sowie ein wesentlicher Teil der Fenster und Türen ausgebaut; alle Einrichtungen - einschliesslich der Personalschränke und allen Packmaterials - mitgenommen.

Die Züge, die die Ostzone mit Demontage- und Reparatursgut verlassen haben, wurden gezählt. Das Gesamtergebnis der Zählung besagt, dass vom 15. September 1945 bis 31. August 1947 insgesamt 505.298 Waggons mit demontiertem Material in Richtung Russland rollten. Das sind, pro Zug mit 40 Wagen gerechnet, 12.632 Züge.

Das System der Doppeldemontagen hat diese allgemeine Tendenz noch verschärft. In zahlreichen Fällen haben die Arbeiter mühsam die demontierten Betriebe provisorisch wieder instandgesetzt und einen Teil der Produktion wieder aufgenommen. Kurz darauf wurden diese Betriebe zum zweiten Male demontiert. Das traf z.B. die Jerke Seidel & Neumann, Dresden, das Werk der Autounion, Chemnitz und die Vomag-Werke, Zwickau. Durch die Demontage im Eisenbahnbereich sind die meisten Strecken der Ostzone eingleisig geworden. Zehntausende von Lokomotiven und Waggons wurden nach Russland geschafft. Zur Zeit laufen z.B. 58% der Berliner S-Bahnwagen in Leningrad und Moskau, 517 elektrische Lokomotiven wurden als Beutegut abtransportiert. Die gesamten Oberleitungen der elektrisch betriebenen Strecken sind abgebaut worden. In der gesamten Ostzone gibt es heute nur noch 13 elektrische Lokomotiven

(4/46/2/2/hs)

Verantwortlich: Peter Rauha